

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 pbbn d



Inhalt

Johannes Rau, Wissenschaftsminister und SPD-Landesvorsitzender in NRW wirft Biedenkopf konsequente Fortsetzung der medienpolitischen Einschüchterung vor.

Seite 1/2

Klaus Konrad MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Umweltfragen der SPD-Bundestagsfraktion, zum heute im Kabinett behandelten Gesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität.

Seite 3/4

Knuth Terjung, Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, erinnert an frühere Versuche der Union, die Bündnistreue der SPD in Zweifel zu ziehen.

Seite 5/6

Die CDU-Wahlkampflüge feiern ihren 25. Geburtstag. Eine Dokumentation.

Seite 7-9

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 171

6. September 1978

Biedenkopf demaskiert sich

Der Ruf nach dem medienpolitischen Volkssturm

Von Johannes Rau
Wissenschaftsminister und SPD-Landesvorsitzender in
Nordrhein-Westfalen

Der westfälische CDU-Vorsitzende, Professor Kurt Biedenkopf, hat auf dem CDU-Landesparteitag im sauerländischen Olberg erneut sein merkwürdiges Gespür für fatale Konsequenzen bewiesen. Seine Ankündigung, in allen Kreisparteien der CDU sollten künftig je zwei bis drei Medienbeauftragte die WDR-Sendung regelmäßig beobachten, ist das vorläufig letzte Glied in einer von Biedenkopf seit Jahren fein gesponnenen Kette, um den Westdeutschen Rundfunk an das parteipolitische Gängelband der CDU zu legen.

Es begann vor Jahren mit Biedenkopfs verquerer, aus der Luft gegriffenen These, die Union werde die politische Macht nur dann zurückerobern, wenn sie wieder die politische Sprache besitze und die politische Begriffswelt präge. Damit war die Stoßrichtung gegen Hörfunk und Fernsehen vorgezeichnet. Diese Kette wurde zunächst von Stuttgart und München aus weiter geknüpft. Von dort kamen die ersten Drohungen, aus der ARD auszuschneiden und der Bayerische Rundfunk spielte bereits einige Male den Vorreiter: Er blendete sich aus dem Gemeinschaftsprogramm der ARD aus. Dann folgte Biedenkopfs Vorgänger im westfälischen CDU-Landesvorsitz, Heinrich Windelen, mit seiner unseligen "Rotfunk-Kampagne". Ernst Albrecht zog gegenüber dem NDR mit der zunächst nur angekündigten, dann offensichtlich praktizierten Programmüberwachung nach.

Fugenlos knüpfte Biedenkopf mit seiner pauschalen Journalistenschelte nach dem nächsten Bundestagswahlkampf das nächste Glied. Dann kündigte Herr Stoltenberg den NDR-Staats

vertrag und will nun die Kieler Funkanstalt zum Hilfsorgan für die Öffentlichkeitsarbeit der schleswig-holsteinischen Landesregierung umfunktionieren.

Der nächste Akt in dieser Inszenierung ist die medienpolitische Studie aus dem Konrad-Adenauer-Haus, die von dem für die Medienpolitik und Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Leiter der CDU-Parteizentrale angefertigt wurde. Diese Abteilung war von dem seinerzeitigen CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf aufgebaut worden, der jetzt einen der Vorschläge aus dem Medienpapier aufgreift, um offenbar einen medienpolitischen Volkssturm der CDU zu organisieren.

Allen ungläubwürdigen Dementis und eiligen Entschuldigungen zum Trotz hat Biedenkopf nun öffentlich zur Programmüberwachung aufgerufen. Biedenkopfs "Mut" gegenüber der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt WDR ist allerdings umso peinlicher, als er zugleich vor der privatwirtschaftlichen Presse einen Rückzieher macht und - entgegen der Bonner Studie - der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung bescheinigt, daß sie "in ihrer Führung sich jedenfalls um eine objektive Berichterstattung bemüht". Die Feststellung der Bonner Studie, die WAZ sei auf Dauer auf eine bestimmte politische Richtung festgelegt oder habe sich durch eine Kartellentscheidung der Landesregierung kaufen lassen, geht Biedenkopf "zu weit". Seine Begründung offenbart allerdings blanken Opportunismus: "Eine solche Feststellung zerstört die vielfachen Ansätze mühsamer Kleinarbeit zur Verbesserung des Verhältnisses zu einer Zeitung, die nun einmal eine überragende Stellung im Ruhrgebiet hat, und ohne deren Mitwirkung unsere politische Arbeit wesentlich erschwert wird." Wer schließlich - wie Biedenkopf - "die roten Rathäuser im Ruhrgebiet stürmen" will, kann sich bei diesem wenig aussichtsreichen Versuch nicht auch noch die örtliche Presse vergrauen. Beim Rundfunk braucht man nicht so zimperlich zu sein. Er ist medienpolitisches Freiwild.

Die Strategie gegen den WDR beweist System. Die medienpolitischen Ausfälle erfolgen in immer kürzeren Abständen und immer heftigeren Attacken. Deshalb bin ich mir auch nicht mehr gewiß, ob die Veröffentlichung des jüngst bekanntgewordenen CDU-Papiers aus der Bonner Parteizentrale überhaupt eine Panne war. Für den internen Gebrauch ist mir die Sprache zu diktatorisch. So denkt und schreibt eigentlich nur, wer an die Öffentlichkeit will. Es würde mich nicht wundern, wenn diese Version eines Tages bestätigt würde. Denn so schlägt man mehrere Fliegen mit einer Klappe: Das Papier ist in der Welt, wird diskutiert und zitiert und gewiß wird manches, trotz aller Dementis, hängenbleiben: Eine subtile Taktik der Verunsicherung und der Einschüchterung.

(-/6.9.1978/ks/hgs)

Umweltgefährdung ist keine Kavaliersdelikt

Die Bundesrepublik kann sich mit ihren Gesetzen sehen lassen

Von Klaus Konrad MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Umweltfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Wenn das Bundeskabinett heute in seiner Sitzung als Schwerpunkt Probleme des Umweltschutzes berät und u.a. den Entwurf eines 16. Strafrechtsänderungsgesetzes - Gesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität -, die Grundlinien für ein Umweltochemikaliengesetz und die Novellierung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes sowie die Neufassung der technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft beschließt, kennzeichnet dies einen wichtigen Einschnitt in der Umweltgesetzgebung des Bundes.

Nach nun nicht einmal sieben Jahren seit Verabschiedung des umfassenden Umweltprogramms der Bundesregierung im September 1971 sind die zahlreichen Vorhaben auf diesem Gebiet, die dieses Programm vorsah, verwirklicht.

In den vergangenen Jahren wurde eine Vielzahl von Gesetzen zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verabschiedet. Zu erinnern sei besonders an die umfassende Neuordnung der Abfallbeseitigung, beträchtliche Verbesserungen zum Schutz der Gewässer sowie vor allem die grundlegende Neugestaltung der Vorschriften zur Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung. Die Bilanz der Umweltpolitik der sozial-liberalen Koalition braucht den Vergleich mit der Gesetzgebung anderer Länder nicht zu scheuen. Die Bundesrepublik hat vielmehr im Rahmen der großen Industrienationen auf vielen Gebieten eine Schrittmacherrolle übernommen.

Das Gesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität strebt eine Verstärkung des strafrechtlichen Schutzes für die Umwelt durch die Aufnahme von Kernbestimmungen in das Strafgesetzbuch an. Jährlich mehr als 3'000 polizeilich registrierte Fälle von Umweltstraftaten fordern angemessene Reaktionen des Staates. Der sozialschädliche Charakter schwerwiegender Schädigungen oder Gefährdungen der Umwelt soll durch Aufnahme solcher Strafbestimmungen in das Strafgesetzbuch deutlich in das Bewußtsein der Allgemeinheit gebracht werden. Jeder muß wissen: Umweltdelikte sind keine "Kavaliersdelikte".

Die Einfügung der wichtigsten Tatbestände zum Schutz der Umwelt in das Strafgesetzbuch erleichtert eine einheitliche und abgewogene Regelung der verschiedenen

Teilbereiche. Wo notwendig, werden die aus dem Umweltschutzgesetz übernommenen Straftatbestände umfassender ausgestaltet. Erweitert wird vor allem der Schutz gegen Verunreinigungen der Luft, der Schutz vor übermäßigem Lärm und vor Gefährdungen durch ionisierende Strahlen. Der besonderen Schutzwürdigkeit von Naturschutzgebieten wird verstärkt Rechnung getragen. Verstöße gegen Bestimmungen zum Schutze der Gewässer sowie gegen Bestimmungen zur Einhaltung der Luft- und Lärmbekämpfung werden mit empfindlichen Freiheitsstrafen geahndet.

Besondere Bedeutung im Rahmen der vorliegenden Entwürfe kommt der Erarbeitung eines umfassenden Gesetzes über gefährliche Stoffe zu. Im Umweltbericht 1976 hat die Bundesregierung eindringlich auf die Notwendigkeit der Weiterentwicklung umfassender Vorschriften über das in Verkehrbringen von Chemikalien hingewiesen. Zur Zeit sind mehr als 60.000 verschiedene Stoffe auf dem Markt. Jährlich kommen neue hinzu. Vorliegende Untersuchungen lassen den Schluß zu, daß einige Stoffe nicht weiterhin uneingeschränkt in den Verkehr gebracht werden dürfen, wenn eine Gefährdung des Menschen und seiner Umwelt vermieden werden soll. Dies setzt voraus, daß das in Verkehrbringen neuer Stoffe von einer Zulassung oder jedenfalls von eingehenden Prüfungen abhängig gemacht wird. In Übereinstimmung mit einem Richtlinienvorschlag der Europäischen Gemeinschaft soll in der Bundesrepublik der Hersteller oder Einführer eigenverantwortlich die Eigenschaft eines neuen Stoffes prüfen und bei einer Behörde anmelden. Die Angaben des Herstellers werden sodann von Fachbehörden überprüft. Falls festgestellt wird, daß der Einsatz eines neuen Stoffes für Mensch oder Umwelt gefährlich sein kann, müssen entsprechende Beschränkungen vorgenommen werden. Die Beratung des zu erwartenden Gesetzentwurfs wird neben der Beratung des Verkehrslärmschutzgesetzes der Schwerpunkt der Umweltpolitik dieser Legislaturperiode sein.

Die Novellierung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und die Neufassung der technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft ergänzen das bisher geltende immissionsrechtliche Genehmigungsverfahren. In die TA Luft werden Grenzwerte für weitere schädliche, insbesondere krebserzeugende Stoffe aufgenommen. Mit der Novellierung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes werden rechtsklarstellend die Folgerungen aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in dem Rechtsstreit über die Genehmigung des Kohlekraftwerkes Voerde gezogen. Dabei werden auch die Erkenntnisse eines umfangreichen Anhörverfahrens über die Wirkung luftverunreinigender Stoffe einbezogen. (-/6.9.1978/hl/hgs)

Außenpolitik zu finden:

"Nicht Selbstzerfleischung, sondern Miteinanderwirken im Rahmen des demokratischen Ganzen, wenn auch in sachlicher innenpolitischer Gegnerschaft. Innenpolitische Gegnerschaft belebt die Demokratie, aber ein Feindverhältnis wie es von manchen gesucht und angestrebt wird, tötet schließlich die Demokratie, so harmlos das auch anfangen mag. Das geteilte Deutschland...kann nicht unheilbar miteinander verfeindete christliche Demokraten und Sozialdemokraten ertragen."

Für diese Grundposition hat der spätere Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, beharrlich gekämpft. Zitat, August 1973, "Neue Gesellschaft":

"Durch internationale Konflikte oder Erschütterungen, durch politische oder gesellschaftliche Konvulsionen wird die Belastbarkeit der Verträge mancherlei Proben ausgesetzt werden. Deutschland als Ganzes und seine beiden voneinander unabhängigen Staaten einschließlich des getrennten Berlin sind nicht 'neutralisiert'. An Versuchen in Richtung 'Neutralisierung' wird es nicht fehlen. Doch wir können nur vom Interessenausgleich der Bündnisse von West und Ost Nutzen haben, also müssen wir uns nach unseren Kräften um ihn bemühen, ohne ihn je allein bewerkstelligen zu können...Unsere eigene Rechnung könnte niemals stimmen, ließen wir uns dazu verleiten, einem alten oder neuen 'Nationalismus' - gleichviel welcher Färbung - Eingang bei uns zu verschaffen. Ebensovienig wie wir anderer Lehrmeister in 'Internationalismus' werden wollen sollten... Das Vier-Mächte-Gerüst, in dem wir leben und auf das wir uns stützen, ist nicht unseretwegen errichtet worden. Es ist Ausdruck für die Bemühungen um Macht-Balance. Die Vibrationen, denen dieses Gerüst ausgesetzt ist, sind nicht in jedem Fall und bei jedem Stoß von uns zu verantworten, aber wir haben ein Interesse daran, sie nicht zu Hochspannungen werden zu lassen, die auf Kosten unserer Existenz gehen würden."

Und noch einmal Herbert Wehner, am 27. Oktober 1974 in Wolfenbüttel:

"Für uns sind die Ost-Verträge die logische Folge aus den West-Verträgen, denn auf einem Bein kann man bestenfalls stehen, aber gehen kann man auf einem Bein nicht. Zwar sind die Ost-Verträge nicht von der gleichen Art wie die West-Verträge, sie sind weder Integrations- noch militärische Bündnisverträge. Sie sind Verträge zur Normalisierung des Verhältnisses, zur allmählichen, Jahrzehnte erfordernden Aussöhnung auch mit den Völkern dort. Wohin wollten wir denn gehen? An die Tische, an denen Gleichberechtigte sitzen, um dort über das, was alle angeht, über Friedenssicherung, über Zusammenarbeit und weiteres zu verhandeln."
(-/6.9.1978/ks/hgs)

Außenpolitik zu finden:

"Nicht Selbstzerfleischung, sondern Miteinanderwirken im Rahmen des demokratischen Ganzen, wenn auch in sachlicher innenpolitischer Gegnerschaft. Innenpolitische Gegnerschaft belebt die Demokratie, aber ein Feindverhältnis wie es von manchen gesucht und angestrebt wird, tötet schließlich die Demokratie, so harmlos das auch anfangen mag. Das geteilte Deutschland...kann nicht unheilbar miteinander verfeindete christliche Demokraten und Sozialdemokraten ertragen."

Für diese Grundposition hat der spätere Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, beharrlich gekämpft. Zitat, August 1973, "Neue Gesellschaft":

"Durch internationale Konflikte oder Erschütterungen, durch politische oder gesellschaftliche Konvulsionen wird die Belastbarkeit der Verträge mancherlei Proben ausgesetzt werden. Deutschland als Ganzes und seine beiden voneinander unabhängigen Staaten einschließlich des getrennten Berlin sind nicht 'neutralisiert'. An Versuchen in Richtung 'Neutralisierung' wird es nicht fehlen. Doch wir können nur vom Interessenausgleich der Bündnisse von West und Ost Nutzen haben, also müssen wir uns nach unseren Kräften um ihn bemühen, ohne ihn je allein bewerkstelligen zu können...Unsere eigene Rechnung könnte niemals stimmen, ließen wir uns dazu verleiten, einem alten oder neuen 'Nationalismus' - gleichviel welcher Färbung - Eingang bei uns zu verschaffen. Ebensovienig wie wir anderer Lehrmeister in 'Internationalismus' werden wollen sollten... Das Vier-Mächte-Gerüst, in dem wir leben und auf das wir uns stützen, ist nicht unseretwegen errichtet worden. Es ist Ausdruck für die Bemühungen um Macht-Balance. Die Vibrationen, denen dieses Gerüst ausgesetzt ist, sind nicht in jedem Fall und bei jedem Stoß von uns zu beantworten, aber wir haben ein Interesse daran, sie nicht zu Hochspannungen werden zu lassen, die auf Kosten unserer Existenz gehen würden."

Und noch einmal Herbert Wehner, am 27. Oktober 1974 in Wolfenbüttel:

"Für uns sind die Ost-Verträge die logische Folge aus den West-Verträgen, denn auf einem Bein kann man bestenfalls stehen, aber gehen kann man auf einem Bein nicht. Zwar sind die Ost-Verträge nicht von der gleichen Art wie die West-Verträge, sie sind weder Integrations- noch militärische Bündnisverträge. Sie sind Verträge zur Normalisierung des Verhältnisses, zur allmählichen, Jahrzehnte erfordernden Aussöhnung auch mit den Völkern dort. Wohin wollten wir denn gehen? An die Tische, an denen Gleichberechtigte sitzen, um dort über das, was alle angeht, über Friedenssicherung, über Zusammenarbeit und weiteres zu verhandeln."
(-/6.9.1978/ks/hgs)

Betrifft: Bündnistreue

Von Knut Terjung

Sprecher der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Entscheidende Wahlen stehen bevor. Und wieder einmal werkelt die CDU/CSU daran, Zweifel an der Bündnistreue der Sozialdemokraten zu wecken - im In- und Ausland.

Wenn schon das von interessierter Seite gepflanzte Vorurteil, in der SPD-Fraktion säße ein Agent des Ostens nicht lange halten konnte, dann soll doch wenigstens die alte Unterstellung als Wahlkampfmunition scharfgemacht werden, die "Sozis" wollten raus aus der NATO. Und alle noch so klaren Zurückweisungen dieser dreisten These werden als hohle Worte diffamiert.

Diese Methode ist nicht neu. Der Blick zurück in die jüngere Geschichte unserer Republik lohnt. Vergleiche drängen sich auf:

Man schrieb das Jahr 1960 - ein Jahr vor dem Mauerbau - ein Jahr vor den Bundestagswahlen - Bundeskanzler: Konrad Adenauer - Außenminister: Dr. Heinrich von Brentano - die SPD in der Opposition. Da wischte der damalige Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß die Erklärung der SPD, sie werde den NATO-Vertrag im Falle ihres Wahlsieges nicht brechen und sie erstrebe eine gemeinsame Außenpolitik als "bemerkenswerten Schachzug" vom Tisch. Vier Tage später - am 30. Juni 1960 - machte der Deutsche Bundestag außenpolitische Bestandsaufnahme. Der SPD-Abgeordnete Wehner bezog Stellung:

"Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands geht davon aus, daß das europäische und das atlantische Vertragssystem, dem die Bundesrepublik angehört, Grundlage und Rahmen für alle Bemühungen der deutschen Außen- und Wiedervereinigungspolitik ist... Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat nicht gefordert und beabsichtigt nicht, das Ausscheiden der Bundesrepublik aus den Vertrags- und Bündnisverpflichtungen zu betreiben."

Zu den Unterstellungen des Herrn Strauß bemerkte Wehner:

"Warum aber uns Fragen in dieser Weise stellen, damit im Ausland Zweifel an der Vertragszuverlässigkeit der Deutschen oder wenigstens eines großen Teiles der Deutschen erweckt oder gar genährt werden? Ist das richtig, ist das klug? Ist das etwas, was der Lage entspricht?... Die Bundesrepublik ist ein zuverlässiger Vertragspartner, gleichgültig ob die jetzige Regierung oder die gegenwärtige Opposition als Regierung die Geschäfte führt."

Und durch die ganze Rede Herbert Wehners zieht sich die Anstrengung, zu gemeinsamer

Außenpolitik zu finden:

"Nicht Selbstzerfleischung, sondern Miteinanderwirken im Rahmen des demokratischen Ganzen, wenn auch in sachlicher innenpolitischer Gegnerschaft. Innenpolitische Gegnerschaft belebt die Demokratie, aber ein Feindverhältnis wie es von manchen gesucht und angestrebt wird, tötet schließlich die Demokratie, so harmlos das auch anfangen mag. Das geteilte Deutschland...kann nicht unheilbar miteinander verfeindete christliche Demokraten und Sozialdemokraten ertragen."

Für diese Grundposition hat der spätere Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, beharrlich gekämpft. Zitat, August 1973, "Neue Gesellschaft":

"Durch internationale Konflikte oder Erschütterungen, durch politische oder gesellschaftliche Konvulsionen wird die Belastbarkeit der Verträge mancherlei Proben ausgesetzt werden. Deutschland als Ganzes und seine beiden voneinander unabhängigen Staaten einschließlich des getrennten Berlin sind nicht 'neutralisiert'. An Versuchen in Richtung 'Neutralisierung' wird es nicht fehlen. Doch wir können nur vom Interessenausgleich der Bündnisse von West und Ost Nutzen haben, also müssen wir uns nach unseren Kräften um ihn bemühen, ohne ihn je allein bewerkstelligen zu können...Unsere eigene Rechnung könnte niemals stimmen, ließen wir uns dazu verleiten, einem alten oder neuen 'Nationalismus' - gleichviel welcher Färbung - Eingang bei uns zu verschaffen. Ebenso wenig wie wir anderer Lehrmeister in 'Internationalismus' werden wollen sollten... Das Vier-Mächte-Gerüst, in dem wir leben und auf das wir uns stützen, ist nicht unserer wegen errichtet worden. Es ist Ausdruck für die Bemühungen um Macht-Balance. Die Vibrationen, denen dieses Gerüst ausgesetzt ist, sind nicht in jedem Fall und bei jedem Stoß von uns zu verantworten, aber wir haben ein Interesse daran, sie nicht zu Hochspannungen werden zu lassen, die auf Kosten unserer Existenz gehen würden."

Und noch einmal Herbert Wehner, am 27. Oktober 1974 in Wolfenbüttel:

"Für uns sind die Ost-Verträge die logische Folge aus den West-Verträgen, denn auf einem Bein kann man bestenfalls stehen, aber gehen kann man auf einem Bein nicht. Zwar sind die Ost-Verträge nicht von der gleichen Art wie die West-Verträge, sie sind weder Integrations- noch militärische Bündnisverträge. Sie sind Verträge zur Normalisierung des Verhältnisses, zur allmählichen, Jahrzehnte erfordernden Aussöhnung auch mit den Völkern dort. Wohin wollten wir denn gehen? An die Tische, an denen Gleichberechtigte sitzen, um dort über das, was alle angeht, über Friedenssicherung, über Zusammenarbeit und weiteres zu verhandeln."
(-/6.9.1976/ks/hgs)

+ + +

Der Nachfolger

Die Wahlkampfplüge feiert 25. Geburtstag / Eine Dokumentation

Von Helmut G. Schmidt

Heute vor 25 Jahren, am 6. September 1953, wurde zum zweitenmal der Deutsche Bundestag gewählt. Nur drei Wochen vor dieser Wahl, die für die SPD mit ihrer bittersten Niederlage in der Nachkriegszeit endete (28,8 Prozent der Stimmen) hatte der damalige Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende Konrad Adenauer ein neues Stilmittel in die demokratische Wahlauseinandersetzung der jungen deutschen Republik eingebracht: Die Wahlkampfplüge. Sie wird seither von den Adenauer-Nachfolgern gehegt und gepflegt (siehe Dokumentation).

Die Wahlkampfplüge wird meist so placiert, daß sie kurz vor den Wahlen für ein paar Tage und Wochen steht. Nach dem Wahltag bricht sie dann mit schöner Regelmäßigkeit in sich zusammen. Aber dann schadet es nichts mehr, die durch Lug und Trug ergaunerten Wählerstimmen sind ja im Kasten.

1953 hatte Adenauer bei einer öffentlichen Wahlveranstaltung vor 12.000 CDU-Anhängern in Frankfurt SPD-Kandidaten vorgeworfen, für ihren Wahlkampf aus der "Ostzone" Geld angenommen zu haben. Die heiße Phase des Wahlkampfes hatte ihr Thema, die SPD den unbestreitbaren Schaden. Adenauer bedauerte ein halbes Jahr später, einer Fehlinformation aufgesessen zu sein. Im Bundestag zur Rede gestellt meinte Adenauer am 7. April 1954 an die Adresse der SPD: "Wenn Sie dieses Auftreten und Reden einige Millionen Stimmen gekostet hat, dann bin ich sehr froh darüber...Also meine Damen und Herren, es ist sehr gut, wenn Sie meine Methode kennen; lernen Sie noch etwas dazu!"

Adenauers Nachfolger haben sich den letzten Satz sehr zu Herzen genommen. Fast lückenlos finden sich in den Wahlkämpfen seit 1953 Wahlkampfplügen nach dem Adenauerschen Strickmuster. Die jüngsten Anwürfe der Union gegen SPD-Politiker und die rücksichtslose Ausschlichtung der immer brüchiger werdenden Spionageverdächtigungen zeigen in die gleiche Richtung. Nur: Die Methoden Adenauers, der noch relativ plump vorging, sind verfeinert worden. Heute bedient man sich ausländischer Journalisten, die man hier in Bonn mit Falschmeldungen spickt und damit auf die amerikanische Öffentlichkeit losläßt, um dann wiederum ganz überrascht zu tun, was die Amerikaner alles Böses über die deutsche SPD denken.

Daß inzwischen das offizielle Amerika erklärt hat, von den angeblichen Gerüchten über SPD-Pläne für eine deutsche Neutralitätspolitik eben auch nur aus der im Bonner Konrad-Adenauer-Haus der CDU befindlichen Gerüchteküche gehört zu haben, stört die Urheber nicht. Es wird weiter behauptet, weiter verdreht und weiter verschleiert. Alles mit dem Ziel, das rettende Ufer des 8. Oktober, den Tag der hessischen Landtagswahl zu erreichen, bevor sich der Gerüchtenebel gelichtet und den Floh sichtbar werden läßt, der in seinem Schutz zum Elefanten gemacht worden ist.

Der CDU-Vorsitzende und Oppositionsführer Kohl hatte so gesehen Recht, als er am 19. Februar 1976 vor dem Deutschen Bundestag erklärte: "Es läßt sich nicht leugnen, daß ich Nachfolger Konrad Adenauers bin und die Absicht habe, im Herbst auch in einem anderen Bereich sein Nachfolger zu werden." - Er ist es geworden.

Dokumentation

15. August 1953: Drei Wochen vor der Bundestagswahl - der Zorn der Bundesbürger gegen das Ostzonenregime ist seit acht Wochen (17. Juni 1953) so massiv wie nie zuvor. In einer Wahlkundgebung beschuldigt Bundeskanzler Adenauer vor 12.000 Anhängern seiner

Partei einzelne Funktionäre der SPD, Geld aus der Sowjetzone für den Wahlkampf angenommen zu haben. Zwei Tage später nennt Adenauer "Namen und Fakten". Der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Heinrich Schroth aus Solingen und der DGB-Ortsvorsitzende von Gelsenkirchen-Hessler, Scharley (SPD) sollen je 10.000 DM von SED-Agenten kassiert haben. Mit Verschleppungstaktik erreicht es Adenauer, daß die gerichtliche Klärung der Vorwürfe erst nach dem Wahltag am 6. September 1953 möglich ist. - Am 9. Februar 1954 nimmt Adenauer die falsche Anschuldigung gegen die beiden SPD-Funktionäre mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Die Angaben des damaligen Bundeskanzlers basierten auf gefälschten Papieren, die das Bundeskanzleramt einem Schweizer Nachrichtenhändler für 2.000 DM abgekauft hatte.

13. September 1957: Zwei Tage vor der Bundestagswahl erscheint in Tageszeitungen eine Wahlanzeige der CDU mit der Überschrift: "Chruschtschows 3. Weltkrieg" mit einem "Protokollauszug" einer Rede des sowjetischen KP-Chefs vor dem ZK der KP der Satellitenstaaten vom 6. Februar 1957 in Moskau. Anschließend wird in der Anzeige gefragt, warum die SPD die drohende Gefahr verschweige. Es wird dazu aufgefordert, sich gegen die "selbstmörderische Politik der SPD" zu wehren. Angeblicher Chruschtschow-Text: "Da wir den dritten Weltkrieg noch nicht riskieren können, müssen wir wenigstens unsere Ausgangsposition verbessern. Entscheidend ist der Durchbruch nach Westdeutschland..." - Nach der Bundestagswahl von 1957 erweist sich das Protokoll als eine plumpe Fälschung.

1961: Im Bundestagswahlkampf überzieht die CDU/CSU den SPD-Spitzenkandidaten Willy Brandt mit einer Verleumdungs- und Diffamierungskampagne. Die persönlichen Beleidigungen gegen Brandt, die vor allem von der "Passauer Neuen Presse" unter ihrem Chefredakteur Kapfinger sowie von der katholischen "Neuen Bildpost" immer wieder verbreitet werden, können zum großen Teil erst 1962 - also nach der Bundestagswahl - gerichtlich mit Verurteilung der Verleumder geklärt werden.

24. April 1971: Einen Tag vor der Landtagswahl in Schleswig-Holstein berichtet "Die Welt" in großer Aufmachung: "Morddrohung gegen Kölner Professor und seinen Mitarbeiter - Rubin und Metzger vermutlich von Baader-Gruppe entführt." Noch am Wahlsonntag "meldet" Springers Welt hysterisch: "Entführer schickten Drohbrief: Laßt Mahler frei - oder wir töten Professor Rubin." - Am Tag nach der Wahl wird bekannt: Der Kölner Professor für Byzantinistik hat seine Entführung vorgetäuscht, um der SPD in Schleswig-Holstein "Stimmen zu kosten", wie er selbst sagt. Die CSU, zu deren Vorsitzenden Strauß sich Rubin besonders hingezogen fühlt ("Ich bin der 007 von Franz Josef Strauß"), distanzierte sich von der Selbst-Entführung - aber erst nach der Wahl.

17. April 1972: Sechs Tage vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg trommeln CDU und ihr nahestehende Zeitungen: "Ostpolitik: Wirbel um neue Geheimbriefe" (Bild). Tags darauf veröffentlicht die Welt angebliche Auszüge aus deutschen Protokollnotizen zum Moskauer Vertrag. Die CDU bezeichnet das Papier flugs als "Geheimprotokolle". Der damalige Außenminister Walter Scheel wirft Oppositionsführer Barzel vor, er beteilige sich an einem "kriminellen Akt des Vertrauensbruchs und der Fälschung". Tatsächlich waren die angeblich hochbrisanten Papiere, mit denen die CDU der Ostpolitik der Bundesrepublik schaden wollte, gefälscht.

5. November 1972: Zwei Wochen vor der Bundestagswahl "entdeckt" Springers "Welt am Sonntag" die ärztlichen Befunde über Willy Brandts Gesundheitszustand: "Normalerweise würden sie (die Ärzte) in einem solchen Fall außer zu einer komplizierten Behandlung zu einer Aufgabe jeglicher beruflichen und politischen Tätigkeit raten." Nachdem politisch nichts gegen Brandt läuft will Springer ihn wenigstens krank und somit als nicht wählbar darstellen. - Tatsache ist, daß Willy Brandt nicht nur am 5. November 1972, sondern bis heute keine nennenswerten gesundheitlichen Beschwerden hat. Der "schwerkranke" Bundeskanzler ist nach dem Wahltag (19. November) in den Springerblättern nicht mehr zu finden.

14. November 1972: Fünf Tage vor der Bundestagswahl: Die CDU-nahe Rheinische Post "enthüllt": Bundesbankpräsident Karl Klasen wird möglicherweise noch vor der Wahl am nächsten Sonntag die SPD verlassen. Über den genauen Zeitpunkt eines Parteiaustritts von Klasen besteht noch Unklarheit. - Klasen reagierte am selben Tag im Südwestfunk: "Es ist für

mich persönlich unvorstellbar, wie ein so in jeder Phase aus den Fingern gesogones Gerücht überhaupt in die Öffentlichkeit dringen kann. Es ist in jeder Hinsicht vollkommen falsch. Jedes einzelne Wort stimmt nicht."

14. November 1972: Ebenfalls fünf Tage vor der Bundestagswahl erfährt Springers Welt aus Chicago, daß Egon Bahr dem sowjetischen Parteichef Breschnjew "eine künftige Koalition" zwischen SPD und DKP in Aussicht gestellt haben soll. - Nach dem Wahltag ist dieses Thema in der Welt nicht mehr zu finden. Ebensowenig wie die DKP in der deutschen Politik.

15. November 1972: Vier Tage vor der Bundestagswahl melden Bild und Welt: "Damit 'DDR'-Kinder zu ihren Eltern dürfen: Bonn zahlt 19 Millionen Lösegeld." - Bundeskanzler Brandt und der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Franke, weisen nach: Eine eindeutige Wahlkampfente gegen den Grundlagenvertrag mit der DDR.

16. November 1972: Drei Tage vor der Bundestagswahl tauchen in Stuttgart Plakate auf, auf denen der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter persönlich zum Generalstreik aufruft, falls die CDU/CSU an die Macht kommt. - Ergebnis der sofortigen Ermittlungen: Der DGB hatte damit nichts zu tun. Die Plakate waren gefälscht um Angst und Unsicherheit im Land zu verbreiten.

18. November 1972: Springers Welt versucht am Samstag vor der Bundestagswahl noch einmal krampfhaft die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition zu diffamieren. Der damalige Staatssekretär Egon Bahr habe den Grundlagenvertrag unter Zeitdruck ausgehandelt. Die DDR sei eigentlich zu größeren Zugeständnissen bereit gewesen. Quelle: "führende SED-Funktionäre" - Außer den anonymen SED-Funktionären brachte die Welt bis heute keine Fakten zu dieser Behauptung.

15. September 1974: Sechs Wochen vor der Landtagswahl in Bayern erscheint Bild am Sonntag mit der Schlagzeile: "Minister Vogel in Millionenskandal verwickelt - Steuergelder an Radikale verschleudert" - Weil Vogel sofort reagiert, muß Bild am Sonntag am 29. September 1974 in einer Gegendarstellung den Vorwurf widerrufen.

28. April 1975: Eine Woche vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen nimmt Bild den Vorsitzenden der Polizeigewerkschaft, Werner Kuhlmann, aufs Korn: "Die Spitze der Polizeigewerkschaft GdP ist ins Schußfeld des Bundeskriminalamtes (BKA) geraten: Das BKA wirft ihr vor, den Baader-Meinhoff-Terroristen durch Leichtsinns und Sorglosigkeit in die Hände gearbeitet zu haben... Kuhlmann ist SPD-Kandidat in Nordrhein-Westfalen im Wahlkreis Gelsenkirchen..." Einen Tag später setzt Bild nochmals nach: "Herr Kuhlmann, brauchen Sie noch mehr Beweise? - Nach der Wahl verurteilt das Landgericht Hamburg den Springer-Verlag zu Schadenersatz und Richtigstellung in Bild.

17. August 1975: Sechs Wochen vor der Bürgerschaftswahl in Bremen fürchtet Bild am Sonntag: "Bremen: Wackelt Koschnicks Stuhl? - Parlamentssondersitzung im SPD-Skandal gefordert. Knapp sechs Wochen vor der Bürgerschaftswahl ist die Bremer SPD in ihre bislang schwerste Krise geraten. ...Müssen Regierungschef Hans Koschnick und weitere SPD-Spitzenleute ihre Ämter vorerst zur Verfügung stellen?" Hintergrund: Der CDU-Spitzenkandidat Bernd Neumann will die SPD in die Sympathisantenekke der Baader-Meinhof-Bande drängen. Munitioniert von dem ZDF-Löwenthal-Freund Siegerist, einem einschlägig aktenkundigen Enthüllungsjournalisten dritter Garnitur, und mit Hilfe von illegal aufgezeichneten Tonbändern inszenieren Bremens CDU und die Springer-Blätter einen bombastischen Skandal, der sogar die Bremer Bürgerschaft zu einer Sondersitzung veranlaßt. - Der Skandal kann jedoch nicht über den Wahltermin hinüber gerettet werden. Er hält keine zwei Wochen. Am 23. August weiß die Süddeutsche Zeitung bereits: "Skandal nicht nach Plan verlaufen - Ein Rohrkrepierer für die heiße Phase - Mißglückter Versuch der CDU, über dem Bürgerschaftswahlkampf Baader-Meinhof-Dunst auszubreiten." Die Aufklärung des "Skandals", der mit einer hundertprozentigen Rehabilitierung aller von der CDU angegriffenen SPD-Politiker endete, suchte man in Welt und Bild vergebens.

(-/6.9.1978/ks/hgs)